

Wahlprüfsteine des Sozialverband Deutschland für die Bundestagswahl 2005

Juli 2005

FÜR SOZIALE GERECHTIGKEIT - GEGEN SOZIALABBAU

10 Fragen

an die Bundestagskandidatinnen und Bundestagskandidaten
für die Wahl des 16. Deutschen Bundestages

WAHLPRÜFSTEINE FÜR DIE BUNDESTAGSWAHL 2005

Am 18. September 2005 werden der Deutsche Bundestag und die Bundesregierung neu gewählt. Der Sozialverband Deutschland (SoVD) und seine rund 500.000 Mitglieder werden eine Politik unterstützen, die die Grundsätze der sozialen Gerechtigkeit und der Solidarität erneuert und festigt.

Immer tiefere Sozialleistungskürzungen, sinkende Realeinkommen und anhaltende Massenarbeitslosigkeit belasten die Bürgerinnen und Bürger. Einseitiger Sozialabbau und Hartz-Gesetzgebung haben die Probleme nicht gelöst, aber zu wachsender Armut und zunehmender Spaltung der Gesellschaft geführt.

Der SoVD fordert die solidarische Fortentwicklung der sozialen Sicherungssysteme und größtmögliche Anstrengungen zum Abbau der Arbeitslosigkeit. Unser Sozialstaatsmodell ist zukunftsfähig und hat sich auch in schwierigen Zeiten als Garant für den sozialen Frieden erwiesen.

Der SoVD wird eine Politik unterstützen, die eine solidarische Bürgergesellschaft fördert und die die Menschen und ihre soziale Sicherung in den Vordergrund stellt. Aber er wird sich mit aller Entschiedenheit gegen weitere Belastungen von Patientinnen und Patienten sowie Versicherten, von Rentnerinnen und Rentnern sowie behinderten Menschen und Arbeitslosen zur Wehr setzen.

Wir bitten die Kandidatinnen und Kandidaten der Parteien um Antwort auf unsere nachfolgenden 10 Fragen zur Sozialpolitik, die wir gegebenenfalls in unserer Mitgliederzeitung veröffentlichen werden.

Reform der Sozialsysteme? Ja - aber richtig!!

10 Fragen an die Bundestagskandidaten

Alterssicherung

1. Sind Sie mit uns der Auffassung, dass die gesetzliche Rentenversicherung reformwürdig und reformfähig ist? Unterstützen Sie die Konzeption des SoVD für den Ausbau der Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung, um die Einnahmeseite dauerhaft zu verbessern und die Solidargemeinschaft unseres wichtigsten Alterssicherungssystems zu stärken? Werden Sie sich mit uns gegen die Erhöhung des Renteneintrittsalters von 65 auf 67 Jahre einsetzen, die allein dem Ziel dient, die versicherungsmathematischen Abschläge weiter zu erhöhen und damit die Renten zu kürzen?

2. Schon heute hat die Höhe vieler Renten trotz geschlossener Versicherungsverläufe die Armutsgrenze erreicht. Sind Sie mit uns der Meinung, dass die Rentenkürzungspolitik nicht

fortgesetzt werden darf? Unterstützen Sie unsere Forderung nach einem dauerhaften und verlässlichen Sicherungsziel in der Rentenversicherung, das dem verfassungsrechtlichen Abstandsgebot zur Sozialhilfe Rechnung trägt? Welche Schritte werden Sie einleiten, um eine neue Altersarmut zu verhindern?

Gesundheits- und Pflegepolitik

3. Die Entwicklung hat gezeigt, dass immer stärkere Belastungen der Patienten und Versicherten die Strukturprobleme in der Krankenversicherung nicht lösen. Befürworten Sie die Konzeption des SoVD für die Fortentwicklung der solidarischen Krankenversicherung zu einer Bürgerversicherung mit umfassender Versorgungsqualität? Unterstützen Sie unsere Forderung, dass erst die erheblichen Wirtschaftlichkeitsreserven im Krankenversicherungssystem erschlossen werden müssen, bevor noch weiter die Versicherten belastet werden?

4. Für den SoVD sind ein einheitlicher umfassender Leistungskatalog und der Erhalt der paritätischen Beitragsfinanzierung zwingende Voraussetzungen einer solidarischen Krankenversicherung. Werden Sie sich mit uns gegen Bestrebungen zur Wehr setzen, den Krankenversicherungsbeitrag der Arbeitgeber festzuschreiben und diese damit noch mehr aus der paritätischen Finanzierung zu entlassen? Teilen Sie unsere Einschätzung, dass das GKV-Modernisierungsgesetz mit der durchgreifenden Verschärfung der Eigenbeteiligungen und Zuzahlungen gerade chronisch kranke, behinderte und ältere Menschen in unzumutbarer Weise belastet? Werden Sie mit uns für eine Rücknahme dieser Belastungen bzw. zumindest für die Wiedereinführung einer ausreichenden Härtefallregelung eintreten?

5. Der SoVD tritt für eine Fortentwicklung der Pflegestrukturen in Deutschland mit dem Ziel ein, die häusliche Pflege zu stärken und alternative Wohnformen für pflegebedürftige Menschen auszubauen. Unterstützen Sie diese in der SoVD-Broschüre vom Januar 2005 differenziert dargelegte Zielsetzung und sind Sie mit uns der Auffassung, dass es erheblicher weiterer Anstrengungen bedarf, um die Qualität in der häuslichen und stationären Pflege zu sichern? Welche Vorschläge werden Sie einbringen, um die dringend notwendige Unterstützung pflegender Angehöriger sicherzustellen und den Grundsatz "Rehabilitation vor Pflege" umzusetzen? Unterstützen Sie unsere Forderung nach einer präventiv ausgerichteten Gesundheitsversorgung gerade auch für ältere Menschen, damit Pflegebedürftigkeit so lange wie möglich vermieden werden kann?

Politik für behinderte Menschen

6. Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen sind gleichberechtigte Mitbürgerinnen und Mitbürger. Sie haben Anspruch auf gleiche Rechte und gleiche Chancen. Welche Prioritäten setzt Ihre Partei, um die umfassende Teilhabe behinderter Menschen in Beruf und Gesellschaft zu verwirklichen? Werden Sie mit uns dafür eintreten, dass die gesetzlichen Ansprüche behinderter Menschen auf berufliche Rehabilitation durch die Bundesagentur für Arbeit umfassend und ohne Verzug erfüllt werden? Werden Sie mit uns bei den Arbeitgebern für die Durchführung eines betrieblichen Eingliederungsmanagements werben, damit eine Ausgliederung von gesundheitlich eingeschränkten und behinderten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus dem Betrieb verhindert werden kann?

7. Nach dem Bericht der Bundesregierung über die Lage behinderter Menschen und die Entwicklung ihrer Teilhabe vom Dezember 2004 beschäftigten im Jahr 2002 fast 40 Prozent der nach dem Sozialgesetzbuch REHABILITATION beschäftigungspflichtigen Arbeitgeber

keinen einzigen schwerbehinderten Menschen. Welche Maßnahmen und ggf. gesetzgeberischen Schritte planen Sie um zu gewährleisten, dass private und öffentliche Arbeitgeber ihre Beschäftigungspflichtquote zumindest erfüllen? Welche Überlegungen bestehen Ihrerseits, um der dramatischen Entwicklung im Bereich der betrieblichen Ausbildung junger behinderter Menschen entgegenzuwirken? Sind Sie mit uns der Auffassung, dass auch gerade junge behinderte Menschen eine möglichst qualifizierte Berufsausbildung benötigen, um eine dauerhafte berufliche Integration zu erreichen?

8. Der SoVD bedauert, dass die Bemühungen zur Verwirklichung eines zivilrechtlichen Antidiskriminierungsgesetzes in dieser Legislaturperiode nicht erfolgreich waren. Sind Sie mit uns der Auffassung, dass die vollständige gesellschaftliche Gleichstellung behinderter Menschen noch nicht erreicht ist und auch in der neuen Legislaturperiode eine vorrangige Aufgabe darstellt? Werden Sie mit uns dafür eintreten, dass in der neuen Legislaturperiode ein zivilrechtliches Antidiskriminierungs-gesetz verabschiedet wird, mit dem ein besserer Schutz behinderter Menschen im Zivilrecht erreicht werden kann?

Die Gestaltung einer barrierefreien Umwelt ist elementare Voraussetzung für die selbstbestimmte Teilhabe und eigenständige Lebensführung behinderter Menschen. Unterstützen Sie die Forderung des SoVD, dass Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen ein grundlegendes gesellschaftspolitisches Prinzip werden muss? Welche besonderen Vorhaben planen Sie, um Gebäude und Anlagen, Verkehrssysteme und Arbeitsstätten barrierefrei zu gestalten?

Frauen- und Familienpolitik

9. Sind Sie mit uns der Auffassung, dass weitere Anstrengungen erforderlich sind, um für Frauen tatsächlich Chancengleichheit in Beruf und Gesellschaft zu verwirklichen? Welche Pläne verfolgt Ihre Partei, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern und die soziale Sicherung der Frau zu verstärken? Werden Sie sich für den flächendeckenden Ausbau von bezahlbaren Kinderbetreuungseinrichtungen einsetzen? Welche Vorschläge unterbreiten Sie, um insbesondere behinderte Frauen in der Familie zu entlasten?

Arbeitsmarkt

10. Die anhaltende Massenarbeitslosigkeit ist Hauptursache einer rasch wachsenden neuen Armut und zunehmender Finanzprobleme der Sozialversicherungssysteme. Arbeitslosigkeit belastet die Menschen und spaltet die Gesellschaft. Welche Maßnahmen beabsichtigt Ihre Partei, um die Arbeitslosigkeit rasch abzubauen und Arbeitsplätze zu schaffen bzw. zu sichern? Mehr als 12 Millionen Menschen oder fast 14 Prozent der Bevölkerung in Deutschland leben in Armut. Welche Wege aus der Armut können Sie aufzeigen und wie begegnet Ihre Partei der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich? Sind Sie mit uns der Auffassung, dass wachsende soziale Unterschiede auch eine Gefahr für den sozialen Frieden bedeuten?

Die Hartz-Gesetze haben entgegen allen politischen Versprechungen bis heute nicht zu einem messbaren arbeitsmarktpolitischen Erfolg geführt und viele Betroffene zusätzlich schwer belastet. Teilen Sie unsere Bewertung, dass der in Hartz IV niedergelegte Leitgedanke des "Förderns und Forderns" bisher nicht vorrangig positiv umgesetzt werden konnte? Welche Möglichkeit sehen Sie, die Vermittlung von arbeitslosen Menschen zu steigern und die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen zu erhöhen? Was werden Sie tun, um den dramatischen Verlust an sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung zu stoppen?

Unterstützen Sie unsere Forderung, Niedriglohtätigkeiten, Mini-Jobs und 1-Euro-Jobs zurückzudrängen bzw. zu beseitigen? Teilen Sie unsere Befürchtung, dass Leistungen der Grundsicherung und der Sozialhilfe nicht dem Bedarfsdeckungsprinzip entsprechen und insgesamt überprüft werden müssen?

Sehr geehrte Kandidatinnen, sehr geehrte Kandidaten,
der SoVD und seine Mitglieder erwarten Ihre Antworten und Vorschläge. Wir bitten, an folgende Anschrift zu adressieren:

Sozialverband Deutschland e.V.

Abteilung Sozialpolitik

Stralauer Straße 63

10179 Berlin

Fax: 030/72 62 22 328, Email: contact@sovd.de

© 2004 Sozialverband Deutschland e.V.